
"Finanzierung der Energiewende ist ein Riesenproblem für unseren Standort"

16.10.17 | Berlin

"Finanzierung der Energiewende ist ein Riesenproblem für unseren Standort"

Zur Entwicklung der EEG-Umlage, die die vier Übertragungsnetzbetreiber heute für 2018 bekannt gegeben haben, erklärt Christian Amsinck, Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB):

„Wenn die EEG-Umlage um 0,088 Cent sinkt, bedeutet das noch lange keine Entwarnung für Unternehmen und Verbraucher. Nach wie vor ist die Finanzierung der Energiewende ein Riesenproblem für unseren Standort. Der Trend bei der EEG-Umlage dürfte in den kommenden Jahren nur eine Richtung kennen – nach oben. Dabei ist Strom in Deutschland schon heute teurer als in den meisten anderen Ländern, mit denen wir konkurrieren. Das trifft vor allem die Industrie: Neun von zehn Betrieben sind voll von der EEG-Umlage betroffen. Eine der wichtigsten Projekte der neuen Bundesregierung muss es daher sein, das Ökostrom-System grundlegend und schnell zu reformieren.“

Die Energiepreise brauchen eine gehörige Portion mehr Markt. Heute geht nur noch ein Fünftel des Strompreises auf den Marktpreis zurück, der Rest setzt sich aus Steuern, Abgaben und Entgelten zusammen. Wir müssen weg von garantierten Einspeisevergütungen und Subventionen und hin zu mehr Anreizen – sowohl für Energieerzeuger als auch für Verbraucher. Nur dann wird es auch möglich sein, mit flexiblen Strompreisen, die sich an der Tageszeit orientieren, den Verbrauch zu

steuern. Dies käme am Ende auch dem Klima zugute.“

Christian Amsinck, Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg: „Wenn die EEG-Umlage um 0,88 Cent sinkt, bedeutet das noch lange keine Entwarnung für Unternehmen und Verbraucher. Nach wie vor ist die Finanzierung der Energiewende ein Riesenproblem für unseren Standort.“

-
- [Auf Xing teilen](#)
 - [Auf Facebook teilen](#)
 - [Auf X teilen](#)
 - [Auf LinkedIn teilen](#)

 - [Drucken](#)
 - [Als PDF speichern](#)

Ihr Ansprechpartner zum Thema

Abteilungsleiter Wirtschaftspolitik

Burkhard

Rhein

Telefon:
+49 30 31005-117

Telefax:

+49 30 31005-240

E-Mail:

Rhein [at] allgemeiner-verband.de

[Download VCF](#)